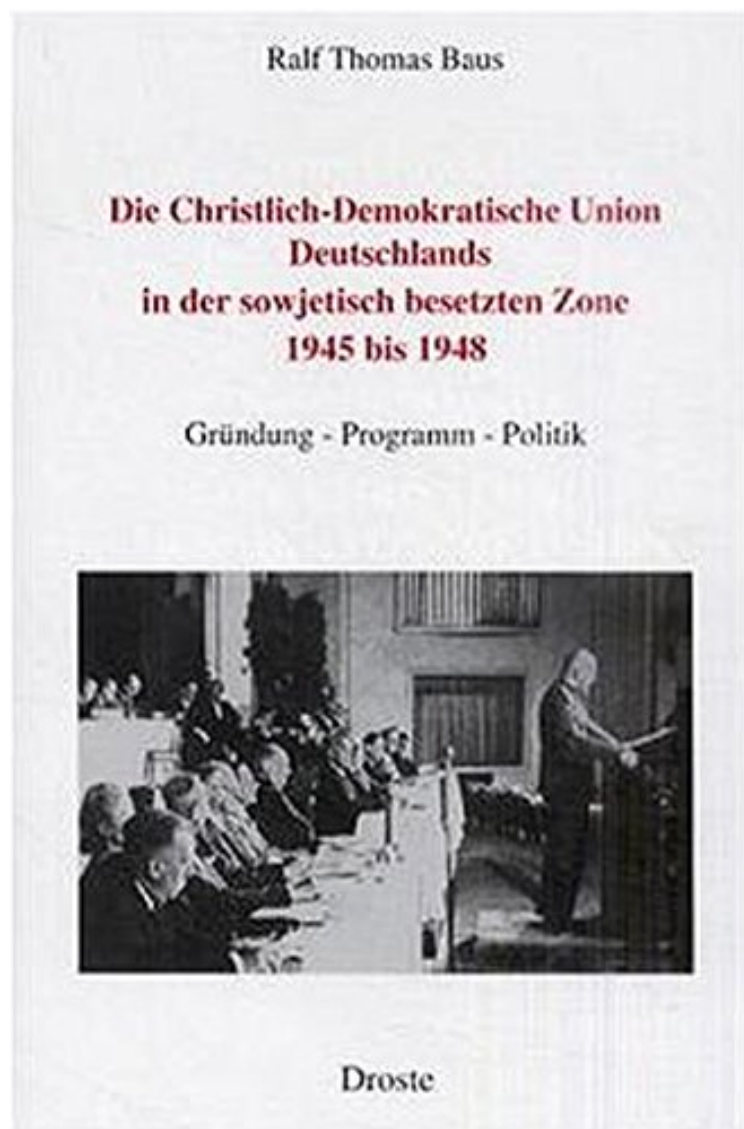


[DOWNLOAD] Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Grndung - Programm - Politik

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Grndung - Programm - Politik

Von Ralf Thomas Baus
ebooks | Download PDF | *ePub | DOC | audiobook



DOWNLOAD



+

READ ONLINE

Produktinformation - Verkaufsrang: #2347989 in BcherVerffentlicht am: 2001-01-01 Abmessungen: 9.17 x 1.06b x 6.26l, Einband: Gebundene Ausgabe 590 Seiten | File size: 51.Mb

Von Ralf Thomas Baus : **Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Grndung - Programm - Politik** before purchasing it in order to gage whether or not it would be worth my time, and all praised Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Grndung - Programm - Politik:

Kundenrezensionen
Hilfreichste Kundenrezensionen
3 von 3 Kunden fanden die folgende Rezension hilfreich. Ost-CDU nach 45 ohne Chance auf demokratischen Aufbau
Von Ein Kunde
Mit der Darstellung der Geschichte der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948 wird eine Lücke in der Zeitgeschichtsforschung geschlossen. Auf der Grundlage nahezu aller verfügbaren Quellen, so etwa aus dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), zeichnet der Autor in seiner Studie ein detailliertes Bild der Entwicklung der Ost-CDU in den Jahren von der Gründung 1945 bis zur Übernahme des Parteivorsitzes durch Otto Nuschke 1948. Vor dem Hintergrund der Gleichschaltung der CDUD wird die Machtergreifung der KPD in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948 deutlich. Die am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn entstandene Dissertation zeigt zunächst anhand der Gründungsgeschichte der CDUD in Berlin und in den Ländern der SBZ wie die Moskauer Exilkommunisten unter Führung von Walter Ulbricht bereits unmittelbar nach Kriegsende zentrale Positionen in den deutschen Verwaltungen besetzten. Der durch die Tätigkeit der sogenannten "Initiativgruppen" erreichte Vorsprung der KPD konnte durch die "bürgerlichen" Parteien in den kommenden Jahren nicht mehr aufgeholt werden. Vielmehr fanden diese bereits zum Zeitpunkt ihrer Gründung auf allen Ebenen weitgehend durch die Kommunisten kontrollierte Verwaltungen vor. In seiner Studie beleuchtet der Autor nicht nur die Entwicklung der CDUD auf der zentralen Führungsebene, sondern er bezieht die Ebene der Landesverbände mit ein. Der Landesverband Sachsen spielt dabei aufgrund seiner Mitgliederstreike, der Persönlichkeit des Landesvorsitzenden Hugo Hickmann und der strategischen Rolle Sachsens für die Kommunisten eine herausragende Rolle. Vor diesem Hintergrund zeichnet der Autor das wechselseitige Vorgehen der Ost-CDU einerseits und der Kommunisten andererseits hinsichtlich der Themenkomplexe Gründung, Programm und Politik nach. Dabei wird das Agieren der sowjetischen Besatzungsmacht und der KPD gegenüber der nach dem Kriege neu gegründeten und christlich orientierten Partei deutlich. Wie SMAD und SED von Anfang an den Handlungsspielraum der CDU einengten und jeglichen Spielraum für eine freiheitliche Entwicklung unterdrückten wird anhand neuer Quellen (u.a. aus den Nachlässen von Ulbricht, Pieck und Grotewohl) dargelegt. Dabei wurden auch russische Akten, soweit sie in veröffentlichter Form vorlagen, ausgewertet. Angetreten war die Union in der SBZ ganz im Gegensatz zu den Moskauer Exilkommunisten als Partei des Rechtsstaates. Ein Wahlplakat der CDUD in Leipzig aus dem Jahre 1946 auf dem es hieß, für "Menschenwürde, Recht und Freiheit" brachte dies unmissverständlich zum Ausdruck. Demgegenüber hatten die Kommunisten bereits im August 1945 angekündigt: "Wir sind die Staatspartei!" In den Monaten nach der Gründung wurde schnell deutlich, unter welchen Bedingungen die Union versuchen musste, Politik zu betreiben. Die SMAD griff immer wieder in die politischen Entscheidungsprozesse ein. Zudem unterwarf sie die CDU einem dichten Kontroll- und Anleitungssystem. Verhaftungen und Repressalien verschiedenster Art wie etwa die Verhängung hoher Geldbußen im Wahlkampf 1946 führten zu Angst und daraus resultierendem willfährigen Verhalten zahlreicher Unionsmitglieder. Die Kontrolle der SMAD über die politischen Parteien war total. Handlungsspielraum ließen sie nur dort zu, wo ihr das Verhalten der Parteien als nützlich erschien. Hinzu kam die Umklammerung des Blocks und die Dominanz der Kommunisten in den Verwaltungen der sowjetisch besetzten Zone. Diese Kombination der Kontrolle und Beeinflussung - SMAD, Einheitsfront, Verwaltungen - war wie eine Schlinge um den Hals der CDU, die sich von Anfang an immer weiter zuzog. Im Konflikt um die Bodenreform zeigte sich schnell, wie gering der Spielraum der CDUD für eine eigenständige Politik war. Deutlich wurde ebenfalls, dass die Kommunisten es geschickt verstanden, in den Ländern Präzedenzfälle zu schaffen, indem sie einzelne CDU-Gruppen oder Landesleitungen dazu bewogen, bestimmte Positionen einzunehmen. Die Berliner CDUD-Führung war somit vor vollendete Tatsachen gestellt und konnte den Gesamtverband nur noch schwer auf eine einheitliche politische Linie festlegen. Diese bei der Bodenreform erstmals in der sowjetisch besetzten Zone angewandte Vorgehensweise lässt sich durchgängig beobachten. Mit dieser Herrschaftstechnik wurde die CDUD-Führung immer wieder von unten ausgehebelt. Unter diesem Blickwinkel waren die Landes-, Kreis- und Ortsverbände die Achillesferse der CDUD. Anders als in Berlin, das im Scheinwerferlicht der Weltöffentlichkeit lag, konnten SMAD und SED fernab der in Schutt und Asche versunkenen Reichshauptstadt ihren Druck auf die untere und mittlere Funktionärsschicht der CDU um ein Vielfaches erfolgreicher ausüben. Für die Ortsgruppen der CDUD bedeutete der Alltag einen zermürbenden Kleinkrieg gegen die kommunistische Machtpolitik. In der Regel waren Anpassung und Gleichschaltung in der sowjetisch besetzten Zone immer mit der Frage der persönlichen Existenz verknüpft. Den Schutz einer größeren Öffentlichkeit gab es in den Ortsgruppen und Landesverbänden außerhalb der Reichweite Berlins nicht. Die bereits parallel zur Gründung der Parteien installierte Blockpolitik sieht der Autor als den Beginn der Gleichschaltung der CDU in der SBZ. Die Blockpolitik wirkte wie ein permanentes Ermächtigungsgesetz", mit dem SMAD und SED von den "bürgerlichen" Parteien die Durchführung ihrer Politik erpressten. Die Gleichschaltung der CDUD setzte nicht erst mit der Absetzung von Jakob Kaiser Ende 1947 ein. Vielmehr war die Kontrolle der SMAD über die politischen Parteien von Anfang an total. Eine realistische Chance für einen demokratischen Neuanfang gab es nicht. Beim politischen System der sowjetisch besetzten Zone handelte es sich faktisch um eine Diktatur von Anfang an. Die Geschichte der CDUD 1945 bis 1948, die auch ein Teil der Vorgeschichte des am 7. Oktober 1949 gegründeten ostdeutschen Staates ist, zeigt, dass die DDR ein Staat ohne demokratische und nationale Legitimation war.

KurzbeschreibungDer Autor beschreibt die Entwicklung der Ost-CDU anhand umfangreicher Quellen (ACDP und SAPMO): die Gründungsgeschichte der CDU in Berlin und in den Ländern der SBZ, Programmatik und Politik. Anhand neuer Quellen wird deutlich, wie SMAD und SED von Anfang an den Handlungsspielraum der 1945 neu gegründeten christlich orientierten Partei einengten und auf jede Weise eine freiheitliche Entwicklung unterdrückten. Die erzwungene Zusammenarbeit von SED und "befreundeten Parteien" im "Zentralen Block" sieht der Autor als den Beginn der Gleichschaltung der CDU in der SBZ. Die Blockpolitik, mit der SMAD und SED die Durchführung ihrer Politik bei den "bürgerlichen" Parteien erzwangen, wirkte wie ein permanentes Ermächtigungsgesetz. Die Gleichschaltung der CDU setzte nicht erst mit der Absetzung von Jakob Kaiser 1947 ein, vielmehr war die Kontrolle des SMAD über die politischen Parteien von Anfang an total. Eine realistische Chance für einen demokratischen Neuanfang gab es nicht.